

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 62 (1968)
Heft: 11

Nachwort: Erklärung des Regionalausschusses der Christlichen Friedenskonferenz (CFK) in der Bundesrepublik Deutschland vom 9. Oktober 1968

Autor: Christliche Friedenskonferenz (Bundesrepublik Deutschland)

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

streicht nur, dass sein Ziel und seine Absicht bleiben, den Status quo zu ändern. Der Bundeskanzler hat das bestätigt.

Die Folgen des Zweiten Weltkrieges rückgängig machen zu wollen, ist aber nicht nur Selbsttäuschung und eine Irreführung unserer Bevölkerung, sondern ein Spiel mit dem Feuer. Die Sowjetunion – und alle Staaten Osteuropas – haben nie einen Zweifel daran gelassen, dass es in dieser Frage nichts zu verhandeln oder abzuhandeln gibt. Unsere westlichen Verbündeten denken – und handeln – nicht anders. Der Versuch, sozusagen durch die Hintertür Osteuropa «aufzuweichen», ist endgültig gescheitert.

Der Bundesaussenminister sucht neue Gespräche mit Moskau. Das ist nötig. An Moskau vorbei gibt es keinen Weg zu einem europäischen Sicherheitssystem. Das heisst aber zugleich: An der Anerkennung der Folgen des Zweiten Weltkrieges vorbei gibt es keinen Frieden in Europa. Wann endlich werden unsere Politiker daraus die Konsequenzen ziehen?

Herbert Mochalski, in der Stimme der Gemeinde, 1. November 1968

Erklärung des Regionalausschusses der Christlichen Friedenskonferenz (CFK) in der Bundesrepublik Deutschland *vom 9. Oktober 1968*

Der Regionalausschuss der Christlichen Friedenskonferenz in der BRD hat in seiner Erklärung vom 10. Juli 1968 «im Hinblick auf die Notwendigkeit und Förderung der europäischen Zusammenarbeit» Verhandlungen über ein europäisches Sicherheitssystem auf der Grundlage des territorialen Status quo gefordert und festgestellt: «Nur wenn die Bundesregierung die gegenwärtigen Grenzen als Folge der Niederwerfung Hitlerdeutschlands und der Befreiung vom Nationalsozialismus anerkennt, ist der Ausgangspunkt für eine Friedensordnung in Europa gegeben.»

Die bestürzenden Ereignisse des 21. August in der CSSR haben diese Auffassung bestätigt und in erschreckender Weise gezeigt, dass das Fehlen eines «europäischen Sicherheitssystems, in dem die Beziehungen der europäischen Staaten untereinander dauerhaft geregelt werden» (Erklärung vom 10. Juli) jede progressive Entwicklung hindert und die Teilung Europas in zwei mächtige Paktsysteme verfestigt.

Nach wie vor gilt die Maxime der CFK, dass militärische Aktionen – wo immer sie stattfinden – die politischen Probleme der Völker nicht lösen können und werden. Wir fordern deshalb den Abzug sämtlicher Truppen der fünf Länder des Warschauer-Paktes aus der CSSR, müssen aber diese Forderung mit dem Verlangen nach der Anerkennung der Folgen des Zweiten Weltkrieges durch die Bundesrepublik Deutschland verbinden, weil nur in einem Europa, in dem faktisch und juristisch keine territorialen Veränderungen erstrebt werden, eine progressive Entwicklung innerhalb der bestehenden Gesellschaftssysteme möglich wird.

Stimme der Gemeinde, 1. November 1968